

Peter Helmes



Rot-Grüne Luxusbonzien

**Zur Neid-Diskussion
über eine „Reichensteuer“**

DOSSIER

Von Peter Helmes

ROT-GRÜNE LUXUSBONZEN

DOSSIER

**Zur Neid-Diskussion
über eine „Reichensteuer“**

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage September 2012

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
Postbank, BLZ 200 100 20, Konto-Nr.: 333 33 205

Druck:
SZ Druck, Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 St. Augustin

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

Seite

Der Fall Steinbrück	5
Eine Neidhammel-Debatte	7
„Reichensteuer“ – absurde Idee	8
Warum führen die Links-Grün-Roten diese Kampagne?	9
Wer zahlt wieviel Steuern?	10

Fette Diäten – saftige Honorare – dicke Tantiemen

I. Vergütungen von DGB-Aufsichtsräten	12
Perversion der „Paritätischen Mitbestimmung“	16
II. Einige Krankenkassen-Chefs	18
III. Intendanten öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Anstalten	19
IV. Politiker	21
Fußnoten-Verzeichnis	30

Der Fall Steinbrück

Wie problematisch und vielschichtig das Thema „Reichensteuer“ ist, beweist sich derzeit am Fall des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Im Focus stehen seine unglaublichen „Nebeneinnahmen“ – die längst ein Vielfaches seiner Haupteinnahmen ausmachen – und seine eigentliche Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter.

Um es vorweg zu sagen: Es ist das unstrittige Recht (!) eines Abgeordneten, neben der Ausübung seines Mandats Nebenbeschäftigungen nachzugehen. Wieviel er dabei verdient, ist nicht die Kernfrage. Viele, die sich derzeit gerade auf die Höhe der Honorare für Steinbrücks Auftritte stürzen, sind nicht davon freizusprechen, eine Neiddebatte führen zu wollen. Daß diese Neiddebatte ausgerechnet aus der linken Ecke der SPD (und von der Linkspartei) angefacht wurde, ist bezeichnend für das Klima in dieser Partei, deren Spitzenleute sich angesichts der Vorwürfe gegen den Kanzlerkandidaten auffallend bedeckt halten. Von „Verteidigung“ kann keine Rede sein.

Es hilft nichts, auch eine „Reichen-Debatte“ muß sachlich geführt werden. Arme werden nicht reicher, wenn Reiche ärmer werden. Eine Neiddebatte hilft niemandem und ist intellektuell unredlich. Und ganz deutlich: Die von Linken geforderte „Umverteilung“ der Vermögen hat längst stattgefunden – aber anders, als sich diese Politiker von links und linksaußen das vorgestellt hatten – siehe auch das Kapitel „Wer zahlt wieviel Steuern?“:

Der deutsche Fiskus nimmt am meisten von den oberen 10 Prozent Steuerzahlern ein, nämlich 50 Prozent der Steuern, und relativ am allermeisten vom obersten 1 Prozent (ab 184.000 Euro Jahreseinkommen), nämlich 22 Prozent der gesamten Einkommensteuer. Die „Reichen“ sind also relativ und absolut am höchsten belastet – mit steigender Tendenz.

Wer versucht, sachlich zu bleiben, kann also das „Ärgernis Steinbrück“ nicht an seinem Einkommen festmachen. Es ist etwas anderes, was ärgert: Steinbrücks „Erfolgsbilanz“ aus seiner politischen Tätigkeit ist eher jämmerlich. Aber er versteht es, sie bestens und eloquent zu „verkaufen“ und sich als „Krisenmanager“ darzustellen. Will heißen: Alles, was er entweder nicht oder falsch gemacht hat, stellt er mit treffenden

Worten als Systemfehler hin, die nun dringend korrigiert werden müßten. Da hat er recht – und dafür läßt er sich bestens bezahlen. Doch der gemeine Bürger (und Journalist!) vergißt leicht, daß es derselbe Steinbrück ist, der früher in wichtigen Punkten versagt hat: Er hat noch keine Wahl gewonnen, ist als Wahlkreis-Kandidat zum Bundestag krachend gescheitert und hat als amtierender Ministerpräsident die Landtagswahlen in NRW gegen Rüttgers verloren und hohe Schulden aufgebaut. Als Bundesfinanzminister lag er bei der Bewältigung der Lehmann-Krise – und in deren Folge bei der Pleite der HRE-Bank – voll daneben, was den deutschen Steuerzahler Zig-Milliarden Euro gekostet hat.

Beruflich mit der Kontrolle von Banken betraut, war er 1998 bis 2005 maßgeblich für die Kontrolle der West-LB verantwortlich, die sich zu der Zeit in eine „internationale Zockerbude“ wandelte – ein Ausdruck, den Steinbrück heute gerne aufgreift und ankündigt, solche „Zockerbuden“ bekämpfen zu wollen. Über den milliardenteuren Untergang der West-LB (Westdeutsche Landesbank) spricht der Kandidat aber nicht. Als Bundesfinanzminister jedoch stand er der Finanzwirtschaft nicht gerade feindlich gegenüber. An wichtige und bedeutende Initiativen zur Bankenregulierung während Steinbrücks Amtszeit kann man sich nicht erinnern – was den Kandidaten aber nicht hindert, nun eine Zerschlagung der Großbanken zu fordern. Steinbrück ist offensichtlich sehr wendig. Von daher ist auch der jetzige Argwohn gegenüber diesem Finanzfachmann erklärlich, der gerade bei der Finanz-Branche einen Großteil seiner Honorare erzielte. Das hat eben „ein Geschmäcke“.

Keine Überraschung, daß Steinbrück auch für die „Eurobonds“ plädiert, deren Einführung Deutschland nicht nur in einen Schulden-sumpf ziehen würde, sondern auch gerade den Bankinstituten zugute käme. Ein Schuft, der Böses dabei denkt. Und so hat Steinbrück viele seiner hochdotierten Aufträge aus der Finanzwelt erhalten, die offensichtlich das Motto „Rent a Peer“ verinnerlicht haben. Oder: Schweigen ist Silber, reden ist Gold. Man glaubt s ihm sofort.

Der Unmut, den Steinbrück – vor allem in den eigenen Reihen – hervorruft, wird auch dadurch angefacht, daß seine „Nebentätigkeit“ Auswirkungen auf seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter hatte. Im Bundestag besteht für alle Abgeordneten Präsenzpflicht. Die hat Steinbrück x-fach mißachtet. Wer an einer Sitzung nicht teilnimmt, zahlt

aber nur 100 Euro Strafe, angesichts der Einkünfte ein Fliegendreck. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla wird in der FAS v. 7.10.12 mit der Bemerkung zitiert: „Wenn jemand so viele Vorträge hält, dann ist es klar, daß die Tätigkeit im Parlament darunter leidet (...) Die Nebentätigkeiten wurden von ihm höher bewertet als die Arbeit im Parlament.“

Auch wenn Steinbrück gerade verspricht, alle seine Honorare (und Auftraggeber, so sie zustimmen) offenzulegen, drohen ihm bei jedem einzelnen Vortrag unangenehme Fragen, vor allem die, ob es zwischen politischen Entscheidungen in seiner Amtszeit und nachträglicher verhältnismäßig hoher Honorierung irgendeinen Zusammenhang gibt. „Mehr als 80 Vorträge“ bedeuten dann auch „mehr als 80 Verdachtsgründe“.

Es paßt zu der Schnoddrigheit des SPD-Kanzlerkandidaten, nun zu erklären (BamS 7.10.12), die Kritik an ihm sei „absurd“ und „dämlich“. Die Idee des „gläsernen Abgeordneten“ lehne er nach wie vor ab. Damit widersprach er seinem eigenen Vorschlag für „volle Transparenz“.

Bleibt als Fazit festzuhalten: Die Politik muß versuchen, eine positive Vorstellung von Reichtum im Interesse der Allgemeinheit zu schaffen und zu sichern. Scheitert die Politik dabei, darf sie sich über Neiddebatten nicht wundern. Schauen wir also mal, was sich unter dem Reichen-Begriff so alles verbirgt:

Eine Neidhammel-Debatte

Die Euro-Krise treibt zuweilen merkwürdige Blüten. Berufene und Dumme aller Intelligenzgruppen fühlen sich bemüßigt, ihren Senf zur Behebung der Krise beizusteuern. Und wenn Geld fehlt, ist der Ruf nach einer (zusätzlichen) Vermögensabgabe der „Reichen“ nicht weit. Natürlich macht dieser Unfug auch nicht halt vor Ökonomen – also intelligenten, studierten Volkswirten, sollte man meinen.

Jetzt sind die rot-grünen Neidhammel total durchgeknallt – und zeigen zugleich ihr wahres Gesicht: Sie fordern eine „Reichensteuer“. Was Viele überlesen haben: Sie fordern konkret nicht nur **eine** „Reichensteuer, sondern gleich **sechs** verschiedene „Reichensteuern“:

Sie fordern 1. eine Vermögensabgabe, 2. eine Vermögensteuer, 3. einen höheren Spitzensteuersatz, 4. eine höhere Erbschaftsteuer, 5. eine Abgeltungsteuer und 6. eine höhere Unternehmensbesteuerung – und das alles auf einmal. Sechs verschiedene Steuererhöhungen auf einmal – das mag gut gemeint sein, ist aber absolut unrealistisch und eine Maßlosigkeit des guten Willens, bar jeder ökonomischen und fiskalischen Vernunft.

Steuererhöhungen dieser Art sind immer der schlechteste Weg, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Denn Steuererhöhungen bringen dem Staat zwar mehr Geld, verleiten ihn aber immer wieder dazu, nicht zu sparen, sondern mehr auszugeben. Der beste Beweis war die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent (1.1.2007). Die Steuermehreinnahmen wurden eben nicht zum Abbau der Schulden eingesetzt, sondern zur Finanzierung des Konsums. Das heißt: Kasse macht sinnlich! Hab' ich Geld, geb' ich's aus. So arbeitet der Staat.

„Reichensteuer“ – absurde Idee

Der aktuelle Vorschlag des – allerdings seit Urzeiten linksgestrickten – „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) setzt allem Bekannten sozusagen die Krone auf: Das DIW regt „einmalige Abgaben und Zwangsanleihen bei Vermögenden“ zur Bekämpfung der Schuldenkrise an und erklärt, diese Idee sei ein „wichtiger Schritt zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, und wachstumsfördernde Reformen würden erleichtert“. Nach Angaben des DIW würde z. B. eine Abgabe von zehn Prozent auf Vermögen von 250.000 Euro allein in Deutschland rund 230 Milliarden in die Staatskassen spülen. Betroffen wären etwa acht Prozent der Bevölkerung. Warum nicht gleich alles wegbesteuern, was über die erwähnten 250.000 Euro hinausgeht?! Da träfe sich das DIW doch kongenial mit der Links-Vorsitzenden Katja Kipping, forderte diese doch erst jüngst eine Totalbesteuerung aller Reichen (100 Prozent von Spitzenverdienern über 40.000 Euro im Monat). Ein grotesker Vorschlag, sozusagen eine Robin-Hoodiade.

Nicht nur, daß die Forscher des DIW nebst der roten Kipping mal eben grundgesetzlich abgesicherte Eigentumsrechte negierten. Zumindest beim Vorschlag der Gelee(h)rten des DIW würden zugleich des Reich-

tums und des Überflusses unverdächtige Bürger wie Du und ich, die ein Häuschen in einem Ballungsraum besitzen, als „Reiche“ miteinbezogen in die Sanierung der maroden Euro-Finzen. Also: Ab in die Ablage „Absurdes“ mit diesem „Forschungsergebnis“.

Warum führen die Links-Grün-Roten diese Kampagne?

Sie versuchen, eine Kluft zwischen „arm“ und „reich“ zu treiben und die „Reichen“ als Sündenböcke für das Politikversagen mit immer weiteren Steuern zu belasten. Sie werden mit ihren Neidkomplexen nur erreichen, daß flexible Selbständige, Manager und Unternehmen aus Deutschland abwandern. Wer „politisch-unternehmerische“ Fehlentscheidungen, wie Nürburgring (250 Millionen Euro) oder Flughafen Berlin (1,5 Milliarden Euro), in den Sand setzt, muß sich zur Finanzierung des eigenen Versagens eben bei den „Reichen“ das Geld holen.

Offensichtlich sind die links/grün/roten Politiker beseelt von der Vorstellung, bei privaten Vermögen handele es sich vorrangig um Luxusgüter, mit denen sich Wohlhabende das Leben versüßen. Das Privatvermögen ist aber die Grundlage des Wohlstandes in Deutschland. Wer dieses Vermögen noch mehr belastet, gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze. Ein weiterer Zugriff des Staates auf die Vermögenssubstanz der Bürger, besonders des Mittelstandes, befriedigt vermutlich Neidkomplexe, ist aber gesellschaftspolitisch gefährlich. Die links/rot/grünen Steuerschraubendreher wollen unsere Leistungsträger offenbar für ihren Erfolg bestrafen. Ihre Vorschläge führen aber direkt in einen Armenstaat.

Durch die „Reichensteuer“ – ein Begriff, den es im Steuerrecht gar nicht gibt – beträgt die Steuerlast besonders Vermögender (ab 250.000 Euro Einkommen inkl. Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) inzwischen bereits die Hälfte des Einkommens. Das Bundes-Finanzministerium weist eindringlich darauf hin, daß eine Vermögensteuer viel bürokratischen Aufwand, aber wenig finanziellen Ertrag brächte. Vor allem aber gilt: Weil mehr als 55 Prozent der Vermögen aus Immobilienvermögen besteht, würde eine Vermögensteuer über höhere Mieten in vielen Fällen gerade die Mittelschicht und die Ärmeren treffen.

Das Bundesfinanzministerium sagt es deutlich: „Die laufende und vollständige Bewertung des gesamten Vermögens führt zu erheblichen administrativen Kosten der Besteuerung. Die Vermögensteuer ist damit eine besonders teure und ineffiziente Steuer.“ Das gilt auch deshalb, weil eine Reichensteuer zwar die Multimillionäre treffen mag, aber sie trifft auch automatisch die darunter; denn eine Steuererhöhung für die Superreichen alleine würde den Aufwand nicht lohnen. Zwangsläufig würde die Mittelschicht mitbelastet.

Wer zahlt wieviel Steuern?

Der deutsche Fiskus nimmt so viel ein wie niemals zuvor, am meisten von den oberen 10 Prozent, nämlich 50 Prozent, und relativ am allermeisten vom obersten 1 Prozent (ab 184.000 Euro Jahreseinkommen), nämlich 22 Prozent der gesamten Einkommensteuer. Die Armen in Deutschland erhalten unterm Strich am meisten vom Staat – was in Ordnung ist.

Wer die Leistungsträger unserer Gesellschaft als „Bonzen“ bezeichnet, sollte sich die Zahlen genauer ansehen und feststellen, wer zu diesen „Bonzen“ wirklich gehört:

- Gut ein Drittel aller Wähler zahlt überhaupt keine Einkommensteuer mehr.
- Bei den übrig gebliebenen Singles und Ehepaaren steigen die Steuern wegen der Progression schneller als die Gehälter.
- Das von Gysi herangezogene 1 Prozent „Bonzen“ (über 162.000 Euro Steuerlast) zahlt hingegen rund 20 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens.
- Die oberen 10 Prozent der Einkommensteuerzahler (Jahreseinkommen ab rd. 66.000 Euro) tragen rund 33 Prozent des Steueraufkommens bei. Dazu gehört z. B. auch das Ehepaar, das jeweils 3.000 Euro verdient.
- **Die gesamte obere Hälfte der Einkommensteuerzahler (ab 27.000 Euro) bringt rd. 92 Prozent der gesamten Einkommensteuer auf.**

- **50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen (bis 26.000 Euro Einkünfte) bringen gerade ‘mal 5,4 Prozent des Einkommensteueraufkommens auf.**
- Ab einem Jahreseinkommen von rd. 53.000 Euro wird jeder Euro Mehrverdienst mit 42 Prozent besteuert. Aber wer mehr als 250.730 Euro verdient, muß 45 Prozent des Einkommens zahlen.
- Es gibt in Deutschland rd. 383.000 Spitzenverdiener, die mehr als 172.000 Euro brutto p. a. verdienen. Das ist nur 1 Prozent der Steuerpflichtigen, die ein Viertel der gesamten Einkommensteuer zahlen.
- Die „Reichen“ – das sind in Deutschland nach der Steuertabelle bereits Normalverdiener; denn der Spitzensteuersatz von 42 Prozent beginnt schon bei 52.882 Euro im Jahr, das sind also 4.400 Euro pro Monat!

Die Forderung nach der Einführung einer „Reichensteuer“ ist ein weiterer Beleg für eine abgehobene Politiker-Kaste, die die ökonomische Wirklichkeit nicht kennt, aber sich gerne selbst bedient und zur Ablenkung ruft: „Haltet den Dieb! Belastet die ‚Reichen!‘“

In deutlichen Zahlen:

- * Das obere 1 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen (ab 162.231 Euro) zahlt knapp 20 Prozent
- * Die oberen 10 Prozent (ab 65.951 Euro) zahlen 50,7 Prozent
- * Die oberen 20 Prozent (ab 48.960 Euro) zahlen 67,4 Prozent
- * **Die oberen 50 Prozent (ab 27.216 Euro) zahlen 92,5 Prozent**
- * **Die unteren 50 Prozent (bis 27.216 Euro) zahlen ganze 7,5 Prozent**
- * Die unteren 20 Prozent (bis 11.113 Euro) zahlen 0,1 Prozent der Einkommensteuer.

(Quelle: BMF, FAZ 27.8.12)

Und nun wollen wir uns ‘mal anschauen, wer z. B. zu den „Reichen“ und Superreichen zählt. Dabei finden Sie auch Menschen, die behaupten, „Vertreter der Armen“ bzw. des „Kleinen Mannes“ zu sein:

Fette Diäten – saftige Honorare – dicke Tantiemen

I. Vergütungen von DGB-Aufsichtsräten

(Bitte beachten Sie die jeweiligen Bezugs-Jahre; denn manche Bezüge schwanken von Jahr zu Jahr zum Teil erheblich. Die Einkommensangaben werden grundsätzlich als Jahresbezüge ausgewiesen. Ausnahmen sind speziell gekennzeichnet. Die Zahlen in Klammern entsprechen der Numerierung im Quellenverzeichnis am Schluß des Dossiers.)

Name/Bezug	Euro	Angabe-Jahr	Quelle
-------------------	-------------	--------------------	---------------



Frank Bsirske
ver.di-Vorsitzender

Einkommen nach Angaben seines Sprechers:	175.000	2009	(1)
------------------------------------------	---------	------	-----

Aufsichtsrats-Bezüge*	308.000	2011	(2)
-----------------------	---------	------	-----

* Wenn Bsirske, was zu vermuten ist, demnächst in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank einzieht und dann dort stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender wird, kommen noch hinzu etwa:

	250.000	2013	(2)
--	---------	------	-----



Berthold Huber
IG-Metall-Vorsitzender

Gehalt:	218.000	2008	(3)
Aufsichtsrats-Bezüge:	1.190.000	2011	(4)



Michael Vassiliadis
IG-BCE-Vorsitzender

Aufsichtsrats-Bezüge:	481.000	2011	(5)
-----------------------	---------	------	-----

Hinzu kommt noch sein Gehalt. Sein Vorgänger, Hubertus Schmoldt erhielt zuletzt 128.000 Euro.



Bernd Osterloh

IG-Metall, Betriebsratsvorsitzender VW

Aufsichtsrats-Bezüge: 476.000 2011 (6)
Hinzu kommt noch sein Gehalt



Hartmut Meine

IG-Metall-Bezirksleiter
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Aufsichtsrats-Bezüge: 394.000 2011 (7)
Hinzu kommt noch sein Gehalt



Werner Bischoff
IG-BCE-Sekretär

Aufsichtsrats-Bezüge: mindestens	497.000	2011	(8)
Hinzu kommt noch sein Gehalt			



Horst Neumann
IG-Metall
Personal-Vorstand VW-AG

Fixgehalt	1.042.151	2011	(2)(9)
Bonus	<u>4.600.000</u>	2011	(9)
Gesamtbezüge 2011	5.642.151		

Perversion der „Paritätischen Mitbestimmung“

Die Einnahmen vieler Gewerkschaftsfunktionäre mögen überraschen. Aber sie sind Teil eines Systems, das nahezu undurchschaubar ist und wenig mit dem Begriff „Gehalt“ zu tun hat. Die „Nebenvergütungen“ einzelner Gewerkschaftsfunktionäre haben mit der Höhe ihres eigentlichen Gehaltes nur noch wenig zu tun und liegen oft um ein Mehrfaches höher.

Es ist unglaublich – und auch nicht nachvollziehbar – in welchem Umfang DGB-Funktionäre und sonstige Arbeitnehmer-Vertreter durch die Zahlung von Aufsichtsrats-Vergütungen (siehe oben) bedacht werden – ein eindeutiger Konstruktionsfehler der „paritätischen Mitbestimmung“, der den Arbeitnehmer-Vertretern die gleichen Rechte zugesteht wie den Kapital-Vertretern, denen ein Unternehmen eigentlich gehört. Nun mag man argumentieren, daß Aufsichtsräte die Kontroll- und Steuerungsfunktionen gleichermaßen wahrzunehmen hätten – egal ob sie auf der Arbeitnehmer- oder der Kapitalvertreter-Bank sitzen. Einverstanden! Das bedeutet aber, daß diese Funktionen durch sachkundige persönliche Vertreter – und nicht durch dort gar nicht vertretene Institutionen – in den Aufsichtsrat eingebracht würden. Also hätten diese Personen alle gleichermaßen Anspruch auf die vereinbarten Tantiemen – und damit eben nicht fremde Institutionen.

Was aber gibt dem DGB das Recht, „seine“ Mitglieder in einem Aufsichtsrat zu verpflichten, ihre Tantiemen – bis zu einer kleinen Untergrenze – an die Hans-Böckler-Stiftung abzugeben, einer Forschungseinrichtung und Kaderschmiede des Deutschen Gewerkschaftsbundes? (Wobei die steuerliche Problematik dieser Praxis nur am Rande angesprochen sei.) Wie kommen deutsche Aktiengesellschaften, die Gewinne machen müssen und damit Arbeitsplätze schaffen und sichern, dazu, über Aufsichtsrats-Tantiemen an Gewerkschaftsvertreter indirekt die Arbeit einer Gewerkschaftseinrichtung zu finanzieren – einer Stiftung, die sich auch der Schulung der Gewerkschaftskader widmet und in denen zur Gesellschaftsveränderung neigende DGB-Jugend-Funktionäre auf den Arbeitskampf vorbereitet werden? Hier wird nicht nur der Gedanke der Paritätischen Mitbestim-

mung mißbraucht. Hier wird auch verständlich, warum DGB-Vertreter gerne einer Erhöhung exorbitanter Manager-Gehälter und Aufsichtsrats-Vergütungen zustimmen, weil sie letztlich selbst daran partizipieren.

Darüber könnte man noch diskutieren, wenn nur Arbeitnehmer-Vertreter des eigenen Betriebes, z. B. aus dem Betriebsrat, gefördert würden. Aber was haben „Externe“ – also reine Gewerkschaftsfunktionäre des DGB – dort zu suchen? Sie steuern von außen, also von außerhalb des betroffenen Unternehmens, die vorgegebenen Interessen der Belegschaft. Damit ist die Paritätische Mitbestimmung ad absurdum geführt. Nicht die im Unternehmen tätigen Arbeitnehmer-Vertreter haben das Recht auf Mitbestimmung in „ihrem Betrieb“, sondern externe Gewerkschaftsfunktionäre.

II. Einige Krankenkassen-Chefs

(alle Angaben ohne Nebenleistungen)

Techniker-Kasse:

Gehalt: 283.446 2011 (10)

DAK

Gehalt: 240.934 2011 (10)

Barmer/GEK

Gehalt: 235.000 2011 (10)

AOK Bayern:

Gehalt: 226.406 2011 (10)

AOK Plus

Gehalt: 235.165 2011 (10)

Pronova BKK

Gehalt: 234.132 2011 (10)

AOK Hessen

Gehalt: 228.620 2011 (10)

AOK Baden-Württemberg

Gehalt: 221.000 2011 (10)

KKH-Allianz

Gehalt: 220.401 2011 (10)

AOK Nordost

Gehalt: 216.000 2011 (10)

Wolfgang Schmeinck, Ex-Vorstand BKK Bundesverband

Gehalt: 269.000 2009 (11)

III. Intendanten öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Anstalten

Finanziert aus Zwangs-Rundfunkgebühren

(alle Angaben aus 2010):

– BR Bayerischer Rundfunk, Thomas Gruber:	310.000	2010	(12)
– WDR , Monika Piehl:	308.000	2010	(12)
plus „Sachbezüge“:	21.000	2010	(12)

Beim WDR erhalten darüber hinaus 5 Direktoren ein höheres Gehalt als der Bundespräsident! (13)

– NDR , Lutz Marmor: (inkl. Aufwandsentsch.)	286.000	2010	(12)
– MDR , Udo Reiter:	277.000	2010	(12)
– SWR , Peter Boudgoust:	274.000	2010	(12)
– RBB , Dagmar Reim:	220.000	2010	(12)
– HR , Helmut Reitze:	215.000	2010	(14)
– SR , Fritz Raff:	210.000	2010	(12)
– RB Radio Bremen:	297.000*	2010	(12)

* Der Gesamt-Betrag entfällt auf 2 Personen, den Intendanten Jan Metzger und den Direktor Dirk Hansen

Aus Steuermitteln finanziert:

– **DW** Deutsche Welle,
Erik Bettermann: 207.000 2010 (14)

zum Vergleich:



– **Gehalt Bundeskanzlerin:** 273.000 2010



– **Gehalt Bundespräsident:** 199.000 2010

Die Intendanten von BR, NDR, SWR und MDR verdienen also mehr als die Bundeskanzlerin. Alle (außer Radio Bremen) verdienen mehr als der Bundespräsident.

IV. Politiker

- Alle Bundestagsabgeordneten genießen besondere Privilegien: PKW-Fahrdienst, Bahncard 100, Gratis-Flüge
- Die monatliche Grunddiät beträgt derzeit rd. 7.700 Euro (134.000 Euro/p.a.) plus rund 4.000 Euro steuerfreie Kostenpauschale
- Die Bundestagsabgeordneten sind zwar verpflichtet, ihre Nebeneinkünfte anzugeben, jedoch nicht in klaren Zahlen, sondern nach 3 Gruppen:

Gruppe 1: 1.000 – 3.000 Euro

Gruppe 2: bis 7.000 Euro

Gruppe 3: mehr als 7.000 Euro, egal ob 7.100 oder 71.000 oder 100.000. So findet man z. B. bei Steinbrück viele Nebeneinkünfte der Gruppe 3 und darf rätseln, wieviel er wirklich nebenher verdient.

- Bitte beachten, daß die Nebeneinkünfte oft nur einmalig sind, also nicht regelmäßig erzielt werden.

Politiker (Beispiele)	Bezüge (Diäten/Nebeneinkünfte)	Jahr	Quelle
---------------------------------	------------------------------------------	-------------	---------------



- Renate Künast (nur Diäten)	134.000 p. a.	2010	(15)
----------------------------------------	---------------	------	------



– **Jürgen Trittin**
(nur Diäten)

134.000

2010

(15)



– **Gregor Gysi**
(nur Diäten)

134.000

2010

(15)



– **Klaus Ernst**
(Diäten + Zuschläge 2010)

204.000

2010

(15)(16)



– **Frank-Walter Steinmeier**
(nur Diäten)

184.000

2011

(15)(17)



– **Kurt Beck**
(Bezüge 2010)

183.000

2010

(15)



– **Claudia Roth**
(nur Diäten)

92.000*

2010

(15)(17)

* hat jetzt schon einen Pensionsanspruch von 3.830 Euro/Monat



– **Andrea Nahles** 176.000 2012 (15)
Diäten + Zuschlag, SPD-Generalsekretärin



– **Hannelore Kraft** 241.000 2010 (15)
NRW-Ministerpräsidentin



– **Sigmar Gabriel** 184.000 2010 (15)
Diäten + Zuschlag, SPD-Parteivorsitzender



– **Erwin Sellering** 164.000 2010 (15)
Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern



– **Klaus Wowereit** 147.000 2010 (15)
Regierender Bürgermeister Berlin

Sonderfälle:



Peer Steinbrück
SPD-Kanzlerkandidat

1. Diät 92.000 2012
(monatlich 7.668,- Euro):
- Aufsichtsratsvergütung
Thyssen-Krupp: 67.000 2011 (2)
2. Seine Honorare wurden im Jahre 2011 auf
600.000 - 700.000 Euro geschätzt. Die Schätzungen
seiner Einnahmen liegen aber weit auseinander. (20)
3. Seinen Marktwert als Redner schätzen Fachleute auf bis zu
20.000 Euro pro Vortrag.
Der „Stern“ vermutet gar: „...Womöglich kommt er 2012
sogar auf 1 Mio. Euro..“ (21)(23).
4. Der „Bild“ zufolge hat der SPD-Politiker in den Jahren 2009
bis 2012 für Vorträge unter anderem bei Banken und Versiche-
rungen rund 1,25 Millionen Euro an Honoraren bekommen. Er
hielt demnach 89 bezahlte Vorträge und kassierte dafür jeweils
zwischen 1.000 und 25.000 Euro. Durchschnittlich seien es
14.065 Euro gewesen. Zu diesem Ergebnis kam laut „Bild“
ein vom SPD-Kanzlerkandidaten selbst beauftragter
Wirtschaftsprüfer (Quelle: welt.de 30.10.2012).

Warum will **DER** eigentlich Kanzler werden?



Oskar Lafontaine

Ehemaliger SPD-Vorsitzender und ehemaliger Vorsitzender der Linkspartei

Seine Landtags-Diäten im Saarland
inkl. steuerfreie Sachpauschale: 68.500,- 2012

Lafontaine gilt als Honorar-Großverdiener. Fachleute schätzen seine bisherigen Honorareinnahmen auf bis zu 1 Million Euro. (29)



Gerhard Schröder

Ehemaliger SPD-Bundeskanzler

Kann nach verschiedenen Presseberichten und nach Einschätzung von Fachleuten für einen Abend zwischen 70.000 und 80.000 Euro verlangen. Zum Beispiel titelt die BZ: „Ein Abend mit Schröder kostet 84.000 Euro.“ (29)

Sein Honorar für den Aufsichtsrat von Gazprom ist zwar geheim, wird aber von Fachleuten auf rd. eine halbe Million Euro geschätzt. (20)(24)(29)



Joseph (Joschka) Fischer

Ehemaliger Außenminister und Polizisten-Prügler

Darf nach Insidern für einen Vortrag zwischen 35.000 bis 50.000 Euro verlangen (und kriegen). (20)(30)

Seine Pension beträgt derzeit mindestens 11.000 Euro. (31)(32)

Fußnoten-Verzeichnis

- 1) Frankfurter Rundschau (FR) v. 05.08.08
- 2) Jeweiliger Geschäftsbericht 2011 der Unternehm. Lufthansa AG, Dt. Postbk. AG, RWE AG, KfW
- 3) FR v. 5 August 1008
- 4) Jeweil. Geschäftsber. 2011 der Untern. Siemens-Konzern, Audi AG, Porsche Holdg SE, VW AG
- 5) Jeweiliger Geschäftsbericht 2011 der Unternehmen K+S AG, Henkel KGaA, BASF SE
- 6) Jeweiliger Geschäftsbericht 2011 der Unternehmen Porsche Holding SE, VW AG
- 7) Jeweiliger Geschäftsbericht 2011 der Unternehmen VW AG, Continental AG
- 8) Jeweil. Geschäftsber. 2011 der Unternehm. Continental AG, Evonik Industries/STEAG, RWE AG
- 9) Geschäftsbericht 2011 der VW AG
- 10) „Krankenkassen.de“ v. 31.03.12
- 11) BILD v. 04.02.09
- 12) <http://meedia.de/>
- 13) Financial Times Deutschland (FTD) v. 10.08.10
- 14) www.wuv.de v. 16.08.10
- 15) www.bild.de/politik/ v. 16.08.10
- 16) BILD v. 30.07.10
- 17) „Stern“ Nr. 36/09
- 18) Handelsblatt v. 24.11.11
- 19) bild.de v. 24.11.11
- 20) www.handelsblatt.com v. 02.11.10

- 21) <http://blog.abgeordnetenwatch.de> v. 12.01.11 und 17.08.10
- 22) Handelsblatt v. 24.04.12
- 23) www.stern.de v. 20.04.12 und „welt online“ v. 29.08.12
- 24) www.focus.de, Focus Magazin Nr. 47 und „Focus online“ 26.10.05
- 25) www.spiegel.de v. 09.07.05
- 26) „spiegel online“ v. 24.12.01 und 02.03.00
- 27) Focus online v. 26.10.05
- 28) FTD v. 10.07.05
- 29) bz-berlin.de v. 26.12.05
- 30) „zeit online“ v. 02.11.10 und www.handelsblatt.com v. 02.11.10
- 31) Wirtschaftswoche v. 27.02.11
- 32) Hamburger Abendblatt v. 12.10.05



*„Arme werden nicht reicher,
wenn Reiche ärmer werden.*

*Eine Neiddebatte hilft niemandem
und ist intellektuell unredlich.“*

Peter Helmes